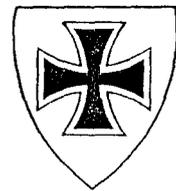


Soldat im Volk



Organ des Verbandes deutscher Soldaten e.V. (VdS)

Organ des Ringes Deutscher Soldatenverbände (RDS)

44. Jahrgang · Nr. 7/8 · Juli/August 1995

Nordrhein-Westfalen F 6322

Die Verunglimpfung der Wehrmacht

Was ist dran an der neuen Kampagne?

Von Dr. Walter Post, München

Seit Gründung der Bundeswehr hat es in der Bundesrepublik Deutschland eine ständige Debatte darüber gegeben, inwieweit die Wehrmacht traditionswürdig sein könne. In den 50er und 60er Jahren wurde diese Frage, auch mit Rücksicht auf die vielen ehemaligen Wehrmachtoffiziere und -unteroffiziere, die die Bundeswehr aufgebaut hatten und in ihr Dienst taten, mit Einschränkungen positiv beantwortet. Seit den 70er Jahren gewann in der Geschichtsschreibung eine Richtung zunehmende Anhängerschaft, die die Wehrmacht als kriminelle Organisation bezeichnet, die in der Sowjetunion und auf dem Balkan einen »rasseideologischen Vernichtungskrieg« geführt habe.

Der politische Hintergrund dieses Geschichtsbildes war die permanente psychologische Kriegführung der ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten gegen die Bundesrepublik Deutschland, die als militaristischer, revanchistischer und faschistischer Staat hingestellt werden sollte. Die Sowjetunion sollte dadurch als Schutzmacht aller Osteuropäer erscheinen und ihrer Vorherrschaft Legitimität verliehen werden. Außerdem konnte man mit dieser Propaganda erfolgreich von den zahllosen kommunistischen Untaten ablenken.

Im geistigen Klima der 70er Jahre und vor dem Hintergrund der permanenten Vergangenheitsbewältigung fanden die östlichen Thesen zunehmend Resonanz bei westdeutschen Historikern und Publizisten. Im Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg bildete sich um Manfred Messerschmidt und Wilhelm Deist eine Gruppe, die es geradezu als ihre Aufgabe ansah, die Wehrmacht als verbrecherische Organisation zu entlarven.

Einen neuen Höhepunkt hat die Anti-Wehrmacht-Kampagne, die sich mittlerweile verselbständigt hat, nun im März 1995 mit einer Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung erreicht, die unter dem Titel »Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht« läuft. Zu dieser Ausstellung werden auch neue »Beweise« in Form von Publikationen präsentiert und zwar eine Sammlung von »Geständnissen«, die deutsche Soldaten 1943 in sowjetischen Kriegsgefangenenlagern angelegt haben, und die Protokolle des

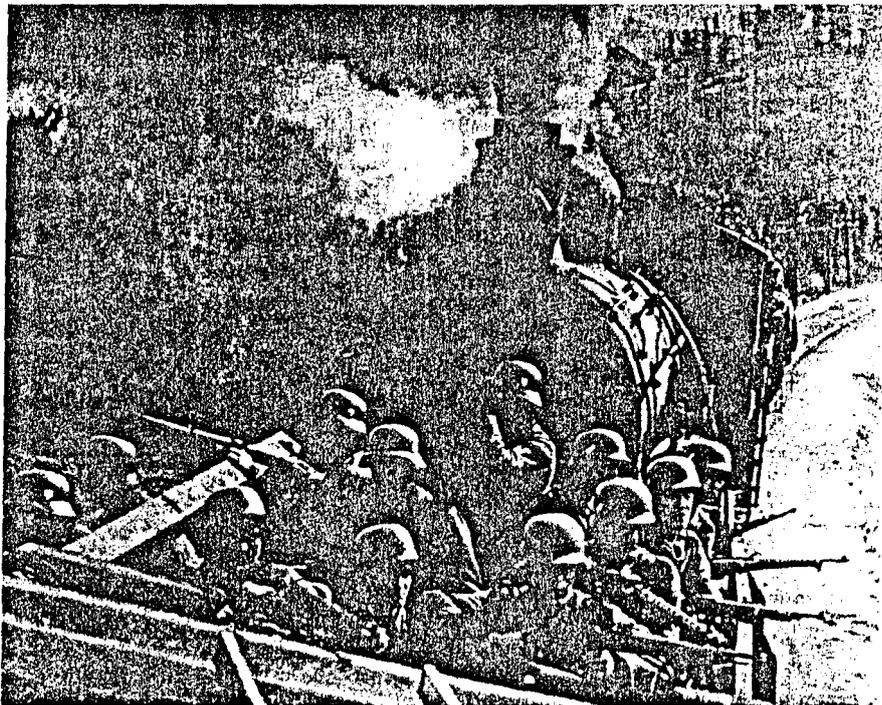
Minsker Prozesses, der 1946 in der Sowjetunion gegen 18 angebliche deutsche Kriegsverbrecher abgehalten wurde.

Was die Geständnisse deutscher Kriegsgefangener angeht, ist folgendes festzustellen: Von den deutschen Soldaten, die in sowjetische Kriegsgefangenschaft gerieten, überlebten 1941/42 fünf Prozent und 1943 30 Prozent. Allein durch das Versprechen höherer Nahrungsmittelrationen konnten die Sowjets in den Lagern von den halbverhungerten Gefangenen beliebige Geständnisse über phantastische Greuelthaten erhalten, von den anderen Mitteln ganz zu schweigen.

Was den Minsker Prozeß angeht, so fand etwa um die gleiche Zeit in Leningrad ein Prozeß gegen sieben deutsche Offiziere statt, die »gestanden« hatten, für die Ermordung der polnischen Offiziere im Wald von Katyn verantwortlich zu sein; dafür wurden sie zum Tode verurteilt und öffentlich hingerichtet. Inzwischen hat die russische Regierung den originalen Mordbefehl für Katyn veröffentlicht, der von Stalin, Woroschilow, Molotow, Mikojan und Berija unterschrieben ist.

Abgesehen davon, daß die sieben deutschen Offiziere bis heute nicht rehabilitiert worden sind, stellt sich die Frage, ob es sich beim Minsker Prozeß nicht um einen ebensolchen Schauprozeß wie in Leningrad gehandelt hat. Die großen Moskauer Schauprozesse der 30er Jahre gegen führende Parteifunktionäre, die Millionen von Schnellverfahren gegen »Volksfeinde«, die aufgrund fiktiver Anklagen und erpreßter Geständnisse verurteilt wurden - all diese Praktiken stellen der sowjetischen Justiz der Stalinära ein Zeugnis aus, das schlechter gar nicht vorstellbar ist. »Anklagen«, »Geständnisse« und »Urteile« sind in aller Regel nichts als Phantasieprodukte der politischen Opportunität und ohne jeden Beweiswert. Wer derartige Material als »Beweis« präsentiert, muß sich mindestens den Vorwurf grober Unkenntnis gefallen lassen.

Exzesse und Verbrechen von Angehörigen der Wehrmacht im Rahmen der Partisanenbekämpfung hat es zweifellos gegeben, einfach deshalb, weil dies aller Erfahrung nach leider unvermeidliche Begleiterscheinungen dieser Art von Krieg-



Mörder in Uniform? Deutsches Sicherungskommando zum Schutz vor Partisanen in Jugoslawien.

110801

X Richtigstellung: Tytske
soldaten pt Bergenbanen - Norge
april - mai 1940 (PK-(Erie) Borchert)

12.3.97. H.

10 Gebote für die Kriegsführung des deutschen Soldaten

1. Der deutsche Soldat kämpft ritterlich für den Sieg seines Volkes. Grausamkeiten und nutzlose Zerstörungen sind seiner unwürdig.
2. Der Kämpfer muß uniformiert oder mit einem besonders eingeführten, weithin sichtbaren Abzeichen versehen sein. Kämpfen in Zivilkleidung ohne ein solches Abzeichen ist verboten.
3. Es darf kein Gegner getötet werden, der sich ergibt, auch nicht der Freischärler und der Spion. Diese erhalten ihre gerechte Strafe durch die Gerichte.
4. Kriegsgefangene dürfen nicht mißhandelt oder beleidigt werden. Waffen, Pläne und Aufzeichnungen sind abzunehmen. Von ihrer Habe darf sonst nichts weggenommen werden.
5. Dum-Dum-Geschosse sind verboten. Geschosse dürfen auch nicht in solche umgestaltet werden.
6. Das Rote Kreuz ist unverletzlich. Verwundete Gegner sind menschlich zu behandeln. Sanitätspersonal und Feldgeistliche dürfen in ihrer ärztlichen bzw. seelsorgerischen Tätigkeit nicht gehindert werden.
7. Die Zivilbevölkerung ist unverletzlich. Der Soldat darf nicht plündern oder mutwillig zerstören. Geschichtliche Denkmäler und Gebäude, die dem Gottesdienst, der Kunst, Wissenschaft oder der Wohltätigkeit dienen, sind besonders zu achten. Natural- und Dienstleistungen von der Bevölkerung dürfen nur auf Befehl von Vorgesetzten gegen Entschädigung beansprucht werden.
8. Neutrales Gebiet darf weder durch Betreten oder Überfliegen noch durch Beschießen in die Kriegshandlungen einbezogen werden.
9. Gerät ein deutscher Soldat in Gefangenschaft, so muß er auf Befragen seinen Namen und Dienstgrad angeben. Unter keinen Umständen darf er über Zugehörigkeit zu seinem Truppenteil und über militärische, politische und wirtschaftliche Verhältnisse auf der deutschen Seite aussagen. Weder durch Versprechungen noch durch Drohungen darf er sich dazu verleiten lassen.
10. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Befehle in Dienstsachen sind strafbar. Verstöße des Feindes gegen die unter 1–8 angeführten Grundsätze sind zu melden. Vergeltungsmaßregeln sind nur auf Befehl der höheren Truppenführung zulässig.

Diese 10 Gebote befanden sich im Soldbuch der deutschen Soldaten während des 2. Weltkrieges. (Aus dem Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg, Bestand: MSg 2/2215).

führung sind. In welchem Umfang sie sich 1941 bis 1944 aber tatsächlich ereignet haben, ist heute schwierig festzustellen. Die von sowjetkommunistischer Seite inszenierten Schauprozesse und Dokumentenfälschungen legen den Verdacht nahe, daß hier erheblich übertrieben wurde und daß man auch eigene Verbrechen den Deutschen in die Schuhe zu schieben versuchte. Außerdem wurde ein großer Teil aller Exzesse und Verbrechen von Angehörigen der Ostlegionen verübt, die auf deutscher Seite kämpften und die sich für das Rächten, was die Kommunisten vor dem Krieg ihnen oder ihren Angehörigen angetan hatten. Weiter sind die zahlreichen Aussagen von deutschen, russischen, ukrainischen, baltischen und kaukasischen Zeitzeugen zu berücksichtigen, die von einem relativ guten Verhältnis zwischen Wehrmacht und Zivilbevölkerung berichten.

Eine andere Frage ist nun die, wie die tatsächlichen Verbrechen, die von Angehörigen der Wehrmacht begangen wurden, zu bewerten sind. Ist deshalb die Wehrmacht als kriminelle Organisation anzusehen? War sie das willfähige Werkzeug für einen »rassenideologischen Vernichtungskrieg« im Osten? Sind die ihr zugeschriebenen Untaten unvergleichbar? Um diese Fragen zu beantworten und zu einem gerechten Urteil zu gelangen, muß man sich zunächst mit der Entwicklung der Kriegsführung seit Mitte des 19. Jahrhunderts befassen.

Im 18. und 19. Jahrhundert galt in Europa der Krieg als eine Sache, die unter Soldaten ausgetragen wurde. Die Auffassung vom Krieg ähnelte der des Duells. Die Kriegsziele waren begrenzt, und man bemühte sich von militärischer wie von politischer Seite, die Zivilbevölkerung so weit wie möglich zu schonen.

Im totalen Krieg wurde dagegen die gesamte Bevölkerung für den Einsatz an der Front oder in kriegswichtigen Produktionen mobilisiert, der Unterschied zwischen Heimat und Front verwischte sich zusehends, die Zivilbevölkerung wurde zum Ziel der Kriegsführung. Da der totale Krieg die psychologische Mobilisierung der Bevölkerung erforderte, mußten höchste Ziele proklamiert werden, denn nur diese rechtfertigten die unermeßlichen Leiden des Krieges. Höchstes Ziel war der totale Sieg über den Gegner, der um jeden Preis errungen werden mußte. Wozu der Sieg später gut war, war weniger wichtig.

Als erster totaler Krieg der neueren Geschichte gilt der amerikanische Bürgerkrieg 1861 bis 1865. Hier wurde nicht nur nahezu die gesamte Bevölkerung der Südstaaten mobilisiert, sie wurde durch die Seeblockade und die großen Kavallerieraiden des Nordens selbst zum Ziel der Kriegsführung. Die Nordstaatengeneräle Sherman und Sheridan zerstörten bei diesen Raids durch eine Strategie der »verbrannten Erde« systematisch die Lebensgrundlagen der Bevölkerung des Südens.

Der Krieg endete mit der bedingungslosen Kapitulation der Südstaaten, der Aufhebung ihrer staatlichen Existenz und ihrer wirtschaftlichen Ausplünderung.

Im Burenkrieg 1899 bis 1902 wurde die Zivilbevölkerung von der englischen Armee systematisch in Konzentrationslager gesperrt, um dem Guerillakrieg der Buren die Grundlage zu entziehen. Im Weltkrieg 1914 bis 1918 verhängte Großbritannien gegen Deutschland und Österreich-Ungarn eine Seeblockade zur Aushungerung der Bevölkerung, der zwischen 1915 und 1918 allein im Deutschen Reich 763 000 Zivilpersonen zum Opfer fielen. Die Hungerblockade wurde auch noch nach dem Waffenstillstand vom November 1918 ein halbes Jahr fortgesetzt.

Deutschland hatte 1915 mit einer Gegenblockade mit neuen technischen Mitteln geantwortet, dem uneingeschränkten U-Bootkrieg; auch hier war das Ziel letztlich die Aushungerung der gegnerischen Bevölkerung. Die Moral der englischen und französischen Zivilbevölkerung versuchte man von deutscher Seite durch den Einsatz von Bombenflugzeugen und Ferngeschützen zu erschüttern. Eine große Rolle spielten psychologische Kriegsführung und Greuelpropaganda, die insbesondere von den Entente-Mächten eingesetzt wurden. Die aufgepeitschten Emotionen machten schließlich einen vernünftigen Friedensschluß unmöglich, und der berühmte Versailler Vertrag schuf günstige Voraussetzungen für einen neuen Krieg. Der Zweite Weltkrieg wurde zum größten aller totalen Kriege. Neue technische Kriegsmittel und die Weiterentwicklung von Propaganda und psychologischer Kriegsführung bewirkten eine weitere Radikalisierung. Aus einem Krieg zwischen Staaten wurde ein Krieg universalistischer Ideologien, ein Weltbürgerkrieg zwischen Kommunismus, Liberalismus und Faschismus. Die Propaganda stilisierte den Gegner zur Verkörperung des absolut Bösen, zu einem Feind, gegen den jedes Mittel gerechtfertigt schien. In diesem Krieg machten sich alle Armeen des Rückgriffs auf barbarische Methoden schuldig.

Der amerikanische Kriegsberichterstatter Edgar L. Jones schrieb 1946 in der Februararausgabe von *Atlantic Monthly* über den Pazifikkrieg:

»Was glauben die Zivilisten denn, welche Art Krieg wir geführt haben? Wir haben kalten Blutes Gefangene niedergemacht, wir haben Lazarette pulverisiert, Rettungsboote versenkt, feindliche Zivilisten getötet oder verwundet, Verwundeten den Garaus gemacht, Sterbende mit Toten zusammen in ein Loch gelegt. Im Pazifik haben wir die Schädel unserer Feinde zerschlagen, sie abgekocht, um aus ihnen Tischgarituren für unsere Bräute zu machen und haben ihre Knochen ausgemeißelt, um Brieföffner aus ihnen zu fertigen. Wir haben unsere Phosphorbombenwürfe und unsere Morde an der Zivilbevölkerung mit dem Abwurf von Atombomben auf zwei beinahe unverteidigte Städte gekrönt und haben so zur Zeit einen unbestrittenen Rekord in Massermord erreicht.«

Die Stufen der rassistischen Propaganda. Die Kriegführung war Folge der Dehumanisierung des Gegners durch eine zügellose Haßpropaganda. Berühmt geworden ist die deutsche »Untermenschen«-Propaganda gegen den sowjetischen Gegner. So gut wie unbekannt ist heute die Tatsache, daß von offizieller deutscher Seite immer nur von einem »bolschewistischen Untermenschen«, nie aber von einem »slawischen« oder »russischen Untermenschen« die Rede war (auch wenn dies in der deutschen Öffentlichkeit allgemein geglaubt wurde). Letzteres verbot sich mit Rücksicht auf die kroatischen und slowakischen Verbündeten sowie die Hunderttausende von russischen und ukrainischen Freiwilligen, die auf deutscher Seite kämpften.

Nach den Artikeln der politischen Wochenzeitung »Das Reich«, die eine Leitfunktion für die NS-Propaganda hatte, war der »bolschewistische Untermensch« ein Kunstprodukt, ein unter der Herrschaft der Kommunisten herangebildeter Massenmensch ohne Individualität; im Gegensatz zum »Untermenschen« würden die freiheitsliebenden und nationalbewußten Russen zunehmend auf deutscher Seite kämpfen.

Derart komplizierte Differenzierungen, die letztlich aus Rücksicht auf Verbündete geboren wurden, hielt man in anderen kriegführenden Mächten für überflüssig. Ein typisches sowjetisches Flugblatt von 1942 erklärte schlicht:

»Die Deutschen sind keine Menschen. Von jetzt ab ist das Wort »Deutscher« für uns der allerschlimmste Fluch. Von jetzt ab bringt das Wort »Deutsche« ein Gewehr zur Entladung. Wir werden nicht sprechen. Wir werden uns nicht aufregen. Wir werden töten. Wenn du nicht im Laufe eines Tages wenigstens einen Deutschen getötet hast, so ist es für dich ein verlorener Tag gewesen... Wenn du einen Deutschen getötet hast, so töte einen zweiten – für uns gibt es nichts Lustigeres

IMPRESSUM

Soldat im Volk

Verlag: Förderungsverein deutscher Soldatenverbände e.V., Rheinallée 55, 53173 Bonn, Postfach 201365, 53143 Bonn, Telefon: 0228/361007, Telefax: 0228/361008.

Herausgeber: Verband deutscher Soldaten e.V., Rheinallée 55, 53173 Bonn, Postfach 201365, 53143 Bonn, Telefon (0228) 361007, Telefax: 0228/361008.

Redaktion: Wolfgang Beck (wb) (Verantwortlich u. Verbandsnachrichten); Heinrich-Joachim Graf von Moltke (Zeitschicht); Volker Klinkhardt (Soziales); Helga Görden (Anzeigen u. Buchangebote); Anschrift wie oben. Redaktion »Aus der GD-Familie«: Friedrich Stephan, Guldensteinstraße 14, 74081 Heilbronn (verantwortlich).

Anzeigenverwaltung: durch den Verlag.

Bankverbindung: Sparda Bank Köln, Konto-Nr. 84 90 14 (BLZ 37060590).

Verantwortlich für Ausgabe NW F6322E:

Verband deutscher Soldaten, Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V., Nettelbeckstraße 5, 40477 Düsseldorf, Telefon: (0211) 464701.

Druck und Vertrieb: Druckhaus Goldammer GmbH + Co Offset KG Scheinfeld.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen.

»Soldat im Volk« erscheint monatlich.

Der Jahresbezugspreis für Mitglieder beträgt – soweit nicht bereits durch Mitgliedsbeitrag abgegolten – DM 28,-.

Ein Teil der Auflage erscheint unter dem Titel »Die neue Feuerwehr« mit der ständigen Rubrik »Aus der GD-Familie«.



Ihre Überlebenschancen schwankten zwischen 5 Prozent (1941/42) und 50 Prozent (1945). Deutsche Kriegsgefangene in sowjetischer Hand.

als deutsche Leichen. Zähle nicht die Tage. Zähle nicht die Kilometer. Zähle nur eines: die von dir getöteten Deutschen.»

Auch die amerikanische Propaganda im Pazifikkrieg zeichnete sich durch schlagkräftige Simplizität aus. Die Japaner wurden bevorzugt als Affen oder als Insekten dargestellt, die ausgerottet werden mußten. Admiral Halsey befahl seinen Leuten kurzerhand: »Kill Japs, kill Japs, kill more Japs.« Ein besonderer Brauch der amerikanischen Armee im Pazifik war das Sammeln von »Trophäen«, d. h. von abgeschnittenen Ohren, ausgebrochenen Goldzähnen, abgekochten Schädeln usw. Entsprechend diesem Feindbild machten die Amerikaner auch kaum Gefangene; die Japaner galten als bössartige, minderwertige Rasse, und Kriegsgefangene belasteten nur die eigene Logistik. Eine weitere Spezialität angelsächsischer Kriegführung im totalen Krieg war das Massakrieren von Zivilisten durch Luftangriffe auf Wohngebiete; die Namen Hamburg, Dresden, Tokio, Hiroshima und Nagasaki sind dadurch in grausiger Erinnerung geblieben.

Diese Praxis ging, anders als vielfach geglaubt wird, nicht von deutscher Seite aus. Während die englischen und amerikanischen Luftstreitkräfte für den strategischen Luftkrieg konzipiert waren, hatte die deutsche Luftwaffe die Aufgabe der Unterstützung des Heeres. Die berüchtigten deutschen Luftangriffe auf Warschau und Rotterdam wurden gegen Städte geflogen, die als Festungen gegen Bodentruppen verteidigt wurden; das Bombardement belagerter Festungen ist aber ein jahrhundertalter, allgemein anerkannter Brauch der Kriegführung. Die deutschen Luftangriffe auf englische Städte 1940/41 waren als Vergeltung für britische Bombenangriffe auf deutsche Wohngebiete gedacht, wobei die deutsche Führung immer noch Industrieanlagen, Kraftwerke, Bahnhöfe und Hafenanlagen als erstrangige Ziele ansah, Treffer in reine Wohngebiete nur als unvermeidliche Begleiterscheinung galten.

Dagegen war die britische Führung stolz darauf, als erste mit der systematischen Bombardierung von Wohngebieten begonnen zu haben. Der Staatssekretär im Luftfahrtministerium J. M. Spaight schrieb in dem 1944 veröffentlichten Buch »Bombing Vindicated«: »Wir begannen, Ziele in Deutschland zu bombardieren, ehe die Deutschen das in England taten. Das ist eine historische Tatsache... Wir wählten damit den besseren, aber härteren Weg. Indem wir die deutschen Städte zerschlugen, verzichteten wir auf das Privileg, unsere Städte intakt zu halten... Es ist keine absolute Gewißheit, aber doch sehr wahrscheinlich, daß die Deutschen London und das Industriegebiet angegriffen hätten, wenn wir uns ruhig verhalten hätten... Diese Art der Luftkriegführung machte sich nicht für sie bezahlt.«

Eine Sonderform des totalen Krieges ist der Guerilla- oder Partisanenkrieg. Partisanenkrieg ist nach der Haager Landkriegsordnung völkerrechtswidrig und Repressalien (darunter Geislerschießungen) sind in einem bestimmten Rahmen erlaubt. Als Kriegsverbrechen gelten erst Exzesse, die in der Praxis leider häufig vorkommen.

Der Partisanenkrieg ist so angelegt, daß die Zivilbevölkerung von den Freischärlern zur Tarnung und als Schutzschild benutzt und von der Besatzungsmacht als Geisel genommen wird. Häufig geht der Konflikt noch in einen Bürgerkrieg über (Jugoslawien und Sowjetunion 1941 bis 1945, Vietnam). Anschläge und Grausamkeiten der einen ziehen beinahe regelmäßig Vergeltungsmaßnahmen und Grausamkeiten der anderen Seite nach sich. Diese Erfahrung mußten auch die holländische Armee in Indonesien, die französische Armee in Indochina und Algerien, die amerikanische Armee in Korea und Vietnam machen.

All diese Kriege wurden mit großer Grausamkeit unter ständiger Verletzung des Kriegsrechts und der Menschenrechte geführt.

Die Verbrechen der Wehrmacht bei der Partisanenbekämpfung dürften sich kaum von denen der französischen, holländi-

Stiffelsen norsk Okkupasjonshistorie, 2014 schen oder amerikanischen Armee unterschieden haben, auch wenn vergleichende Untersuchungen hierzu merkwürdigerweise noch nicht angestellt worden sind.

Der Partisanenkrieg fordert in der Regel eine große Zahl von unschuldigen Opfern, aber die Unterscheidung zwischen schuldig und unschuldig wird im totalen Krieg leider weitgehend aufgehoben; statt dessen wird für die tatsächlichen oder angeblichen Taten einzelner summarisch die Gruppe verantwortlich gemacht. Die deutsche Besatzungsmacht im Osten erklärte die Juden als für den Partisanenkrieg verantwortlich, was entsprechende Massaker zur Folge hatte.

Die Rote Armee ging 1945 gegen die deutsche Zivilbevölkerung unterschiedslos mit ganz ungewöhnlicher Brutalität vor, wobei insbesondere die Massenvergewaltigungen in übler Erinnerung geblieben sind. In Polen und in der Tschechoslowakei wurde 1945 die gesamte deutsche Bevölkerung für die Taten des NS-Regimes verantwortlich gemacht und entweder vertrieben oder umgebracht. Der angelsächsische Luftkrieg machte ohnehin keinen Unterschied zwischen Schuldigen und Unschuldigen.

Im Ersten Weltkrieg hatte sich die zaristische Armee im allgemeinen an die anerkannten Regeln der Kriegführung gehalten. Dagegen bekämpften sich im Russischen Bürgerkrieg »Rote« und »Weiße« mit einer ungläublichen Brutalität. Die Bolschewiki galten dabei als die treibende Kraft, auch wenn ihre Gegner sehr schnell zu gleichen Mitteln griffen. Die deutschen Freikorps lernten 1919 bei den Kämpfen im Baltikum diese Art der Kriegführung kennen. Die systematische Ermordung von Gefangenen einschließlich der Verwundeten und Massenerschießungen von Zivilisten haben das deutsche Bild von den Bolschewiki nachhaltig geprägt.

Die Vorgänge in der Sowjetunion in den 30er Jahren waren in Deutschland wohlbekannt, und die deutsche Führung war auch über das Vorgehen der Sowjets gegen die Zivilbevölkerung und die Massendeportationen in Ostpolen und im Baltikum 1939 bis 1941 informiert. Der Ruf der Bolschewiki war dadurch notorisch schlecht, und die deutsche Führung mußte davon ausgehen, daß die Sowjets sich in einem künftigen Krieg wieder barbarischer Methoden bedienen würden. Schließlich war die UdSSR nicht der Genfer Konvention beigetreten. Hitler und die Spitzen der Wehrmacht waren der Überzeugung, Härte mit Härte beantworten zu müssen, und so entstand eine Reihe von Anordnungen und Richtlinien, die die Truppe auf die zu erwartende Kriegführung im Osten vorbereiten sollten. Diese waren eher Ausdruck eines rücksichtslos funktionalen Denkens als eines »rassenideologischen Vernichtungskrieges«. So beginnt der berühmte Kommissarbefehl mit den Sätzen: *»Im Kampf gegen den Bolschewismus ist mit einem Verhalten des Feindes nach den Grundsätzen der Menschlichkeit oder des Völkerrechts nicht zu rechnen. Insbesondere von den politischen Kommissaren aller Art als den*

»Befreiung« durch die Rote Armee

Der Engländer Tony Le Tessier berichtet in seinem Buch »Der Kampf um Berlin 1945« (Dtsch. Ausg. Frankfurt/M. – Berlin 1991, S. 87):

»Es ist nicht beabsichtigt, hier auf die Greuel einzugehen, die den Kämpfen folgten. Zu diesem Thema befinden sich sämtliche Quellen in voller Übereinstimmung. Summarische Exekutionen, die Vergewaltigung sämtlicher Frauen – zehnjährige Mädchen und achtzigjährige Greisinnen eingeschlossen – waren die »üblichen« Begleiterscheinungen aller Kämpfe in der Stadt. Diese Tatsachen waren allen Verteidigern bekannt, und einige Berichte erwähnen die Demoralisierung durch die Schreie der in der Nacht vergewaltigten Frauen. In seinem berühmten Manifest an die Rote Armee hatte Ilja Ehrenburg gefordert:

»Soldaten der Roten Armee! Tötet! Tötet! Kein Deutscher ist unschuldig – weder die Lebenden noch die Ungeborenen. Folgt der Weisung des Genossen Stalin und vernichtet für alle Zeit die faschistische Bestie in ihrer Höhle. Gewaltsam brecht den Rassenstolz der deutschen Frau. Nehmt sie euch in gerechter Revanche!«

Obgleich diese Weisung widerrufen wurde, blieb dies doch die Grundhaltung der sowjetischen Soldaten der deutschen Bevölkerung gegenüber.«

eigentlichen Trägern des Widerstandes ist eine haßerfüllte, grausame und unmenschliche Behandlung unserer Gefangenen zu erwarten... Sie sind daher, wenn im Kampf oder Widerstand ergriffen, grundsätzlich sofort mit der Waffe zu erledigen.«

Der Oberbefehlshaber des Heeres, v. Brauchitsch, ergänzte diesen Befehl dahingehend, es sei nur gegen solche Kommissare vorzugehen, die sich »durch eine besonders erkennbare Handlung oder Haltung« gegen die deutsche Wehrmacht stellen würden.

Realistisch betrachtet war die Einschätzung der Rolle der Kommissare durch die deutsche Führung nicht völlig falsch. 1947/48 befragte die U.S. Historical Division deutsche Offiziere über ihre Erfahrungen an der Ostfront. Gemäß diesen Aussagen waren die Kommissare ein wesentliches Element des sowjetischen Widerstandes. Viele von ihnen waren tatsächlich politische Fanatiker, die über beachtliche Führungsqualitäten verfügten: Sie waren meist tapfer, intelligent und skrupellos, kümmerten sich um das Wohlergehen ihrer Soldaten und gaben ein persönliches Beispiel. Sie veranlaßten ihre Truppe häufig, auch in hoffnungslosen Situationen erbitterten Widerstand zu leisten, und oftmals befahlen sie auch die Ermordung deutscher Kriegsgefangener. Letzterem Problem war mit dem Kommissar-

fehl natürlich auch nicht beizukommen; dieser Befehl stellte nicht nur einen krassen Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung dar, er war auch ein schlichter Fehler: Zum einen mußte er den Widerstandsgeist der Betroffenen anstacheln, zum anderen war ein Teil der Kommissare keineswegs fanatisiert, sondern bereit, mit den Deutschen zusammenzuarbeiten. Inwieweit der Kommissarbefehl von der Truppe überhaupt befolgt wurde, ist heute umstritten. Jedenfalls wurde er wenige Monate nach Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion aufgehoben, und im späteren Verlauf haben ehemalige Kommissare hohe Ränge in der Russischen Befreiungsarmee des Generals Wlassow eingenommen.

Die Befürchtungen der deutschen Führung hinsichtlich der Behandlung von deutschen Kriegsgefangenen durch die Sowjets sollten sich als sehr begründet erweisen; von den ersten Tagen des Rußlandfeldzuges an wurden deutsche Soldaten, die der Roten Armee in die Hände fielen, meist getötet und oft grausam verstümmelt. Im weiteren Verlauf des Krieges pflegten die Sowjets häufig auch ganze Lazarette niederzumachen. Die Todesstatistik für deutsche Soldaten in sowjetischer Kriegsgefangenschaft sah wie folgt aus: Von den 1941/42 in Gefangenschaft Geratenen verstarben 95 Prozent, 1943: 70 Prozent, 1944: 40 Prozent und 1945: 25 Prozent. Von den ca. 3 155 000 deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR verstarben meist als Folge von Unterernährung und Krankheiten ca. 1 110 000 Mann, das sind 35,2 Prozent. Die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen von deutscher Seite wird heute meist einseitig und falsch dargestellt. Von den mehr als fünf Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen sind nach einer Untersuchung von Oberst Roschmann nicht 3,3 Millionen, sondern ca. 1,68 Millionen in deutscher Hand verstorben. Letztere Zahl ist natürlich kaum weniger erschreckend, aber dieses Massensterben ist zum größten Teil auf die objektiven Umstände, zum geringeren Teil auf Gleichgültigkeit zurückzuführen. Nur der kleinste Teil der sowjetischen Gefangenen dürfte Massenerschießungen zum Opfer gefallen sein. Die Masse der fünf Millionen Gefangenen fiel im Jahre 1941, als die Rote Armee beinahe zusammenbrach, in deutsche Hände.

Bis zum September 1941 scheint die Versorgung der anfallenden Kriegsgefangenen einigermaßen funktioniert zu haben, aber im Herbst erfolgte ein Zusammenbruch, der auf mehrere Ursachen zurückzuführen ist. Die Sowjets hatten bei ihrem Rückzug die Strategie der »verbrannten Erde« angewandt und, soweit es ihnen möglich war, das Eisenbahnsystem, Industrieanlagen, landwirtschaftliches Gerät und Nahrungsmittelvorräte zerstört und alles Transportable nach Osten verbracht.

Die Wehrmacht stieß in ein ökonomisch verwüstetes Gebiet vor. Mit Einsetzen der Schlammperiode brach das völlig überdehnte und überlastete deutsche Transportsystem zusammen, und die Wehrmacht geriet in größte Versorgungsschwie-

Stiftelsen Norsk Okkupasjonshistorie 2014
 rig. Stifelsen Norsk Okkupasjonshistorie 2014
 reportsystems wirkte sich auf die zu diesem Zeitpunkt besonders zahlreichen sowjetischen Kriegsgefangenen verheerend aus.

Die Soldaten fielen häufig im Zustand der Unterernährung und der tödlichen Erschöpfung in deutsche Hände, die Ernährung in den Gefangenenlagern war unzureichend, und dies begünstigte den Ausbruch von Seuchen, insbesondere Fleckfieber und Ruhr. Das hierdurch verursachte Massensterben war von der deutschen Wehrmachtsführung keineswegs beabsichtigt, wie die vom Oberkommando des Heeres am 2. Dezember 1941 für die sowjetischen Kriegsgefangenen festgelegten Verpflegungssätze zeigen (zwei ähnliche Verfügungen waren bereits am 6. August und 21. Oktober ergangen). Die hier verbindlich vorgeschriebenen Rationen waren z.T. wesentlich höher als diejenigen, die der deutsche Normalverbraucher in den ersten Nachkriegsjahren erhielt.

Unter den Bedingungen des Herbstes und Winters 1941/42 war eine ausreichende Versorgung aber nicht zu verwirklichen, obwohl die zuständigen Befehlshaber der rückwärtigen Heeres- und Armeegebiete z.T. erhebliche Anstrengungen unternahmen, um das Los der Gefangenen zu verbessern.

Im März 1942 veranlaßten OKH und LOKW eine gründliche Umgestaltung der Verhältnisse in den Kriegsgefangenenlagern, im April sprach sich auch Hitler für eine »absolut ausreichende Ernährung der Russen« aus. Ab dem Frühjahr 1942 konnten die sowjetischen Gefangenen ausreichend verpflegt und vernünftig untergebracht werden, die Schreckensbilder des Winters 1941/42 gehörten der Vergangenheit an.

Generell wird die deutsche Besatzungspolitik im Osten, für die die Wehrmacht zunehmend mitverantwortlich gemacht wird, heute einseitig, wenn nicht falsch dargestellt. Eine deutsche Politik zur planmäßigen Dezimierung der slawischen Bevölkerung ist eine Legende. Der sogenannte »Generalplan Ost« des baltendeutschen Arztes Dr. Hans Ehlich war das Produkt eines einzelnen Spinners und wurde innerhalb der deutschen Führung niemals ernstgenommen. Erst nach dem Krieg nahm sich die polnische Propaganda dieses »Planes« an und ergänzte ihn mit zahlreichen Dokumentenfälschungen, um der Vertreibung der Deutschen den Anschein der Rechtfertigung zu geben.

Die unfreiwillige oder zwangsweise Rekrutierung von Ostarbeitern in den besetzten Gebieten der Sowjetunion war die Folge des ungeheuren Bedarfs der deutschen Wehrwirtschaft an Arbeitskräften, der durch den angloalliierten Bombenkrieg noch erheblich gesteigert wurde. Ohne die Ostarbeiter wäre der Krieg ab 1943 gar nicht mehr führbar gewesen. Die Rekrutierungen, die manchmal den Charakter von Deportationen annahmen, haben aber einfach deshalb nichts mit einer »Dezimirungspolitik« zu tun, weil man diese Menschen dringend benötigte. Die NS-Presse veröffentlichte ab 1943 immer

wieder Artikel, die dazu aufriefen, die Arbeitskräfte aus dem Osten anständig zu behandeln, was in der Praxis leider immer wieder mißachtet wurde.

Ohne Ansätze einer konstruktiven Besatzungspolitik wäre es im übrigen gar nicht denkbar, daß rund eine Million Ukrainer, Russen, Kosaken, Letten, Esten und Kaukasier auf deutscher Seite gekämpft haben. Am 5. Mai 1943 standen auf seiten der Deutschen Wehrmacht bereit 90 russische Bataillone, dazu 140 Einheiten in Kompaniestärke, 90 Feldbataillone der Ostlegionen, eine kaum zu überschende Zahl kleiner Einheiten, über 400 000 Hilfswillige auf Planstellen deutscher Einheiten, dazu einige größere Verbände unter deutschem Kommando (1. Kosakendivision, mehrere selbständige Kosakenregimenter, das Kalmykische Kavalleriekorps).

Zu diesem Zeitpunkt existierten außerdem bereits Vorformen nationalrussischer Streitkräfte unter russischem Kommando und teilweise in russischen Uniformen, die RNNA (Russische Nationale Volksarmee), die RONA (Russische Volksbefreiungsarmee), die Brigade Druschina, das Donkosakenregiment 120, das Ost-Ersatz-Regiment Mitte. Später wurden die Russische Befreiungsarmee (ROA) unter General Wlassow und das Ukrainische Befreiungsheer gegründet. Der Krieg im Osten war auch ein Bürgerkrieg.

Dieses ungewöhnliche Ausmaß von Kollaboration und Kooperation widerspricht nachhaltig der These, die deutsche Besatzungspolitik in der UdSSR habe nur aus Mord und Totschlag bestanden. Tatsächlich gab es gar nicht eine Besatzungspolitik, vielmehr waren in der deutschen Führungsschicht ganz verschiedene Meinungsgruppen zur Frage der Behandlung des Ostens vorhanden. Im Verlauf des Krieges setzte sich die Linie der Zusammenarbeit mit den östlichen Völkern, die von der Wehrmacht und später auch von der Waffen-SS favorisiert wurde, immer mehr durch.

Gegen die Führung der Deutschen Wehrmacht wird des öfteren der Vorwurf erhoben, sie habe die Wiederaufrüstung ab 1934 begrüßt und mitgetragen. Diese Anklage mißachtet völlig die damalige sicherheitspolitische Situation. Deutschland verfügte zwischen 1920 und 1933 in der Reichswehr über ein Heer von 100 000 Mann ohne moderne schwere Waffen und ohne Luftwaffe, während die französische Armee damals als die stärkste der Welt galt und die Sowjetunion ab Anfang der 30er Jahre ein riesiges Aufrüstungsprogramm durchführte.

General Heinz Guderian schrieb 1937 über die Rote Armee: »Rußland verfügt nicht nur über das an Zahl, sondern auch an neuzeitlichen Waffen und Gerät stärkste Heer und über die stärkste Luftwaffe der Erde. Es ist bemüht, seine Flotte auf eine beachtliche Höhe zu bringen. Seine Verkehrsverhältnisse sind zwar noch mangelhaft, aber auch auf diesem Gebiet wird fleißig gearbeitet. Rohstoffe sind vorhanden, eine gewaltige Rüstungsindustrie ist in der unangreifbaren Tiefe des Riesereiches errichtet. Die Zeiten, zu denen dem Russen der Sinn für Technik fehlte, gehören der Vergangenheit an; wir müssen damit rechnen, daß er seine Maschinen beherrschen und selber bauen lernt, und daß durch diesen Wandel in der Grundeinstellung des russischen Menschen die Probleme des Ostens für uns einen anderen, ernsteren Charakter annehmen, als je bisher in der Geschichte.«

Die Sowjetunion hatte den Sieg der Weltrevolution auf ihre Fahnen geschrieben, und die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich waren als Folge des Versailler Vertrages alles andere als gut. In dieser Situation war die Aufrüstung Deutschlands nach normalen Maßstäben sehr verständlich.

Inwieweit Hitler einen großen Krieg anstrebte, ist durchaus umstritten. In seinen authentischen Reden vor der Wehrmachtsführung im Jahre 1939 (es sind gefälschte Versionen in Umlauf) argumen-



Gekämpft, um ihrem Volk das Äußerste zu ersparen: Deutsche Infanteristen

Stiftelsen norsk Okkupasjonshistorie, 2014
 tierte Hitler, ein Krieg mit England und Frankreich sei nach den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges kaum zu vermeiden, da die englische wie die französische Regierung Deutschland nicht jene Großmachtstellung zugestehen wollten, die es aus wirtschaftlichen Gründen benötige. Polen neige zu den Westmächten und verfolge trotz aller Verständigungsversuche eine antideutsche Politik, weshalb es bei günstiger Gelegenheit niedergeworfen werden müsse. Außerdem seien die polnischen Schikanen und Ausschreitungen gegen die deutsche Minderheit nicht länger hinnehmbar.

Wie immer man diese Argumentation heute bewerten mag, für die Spitzenmilitärs der Wehrmacht, die den gleichen Erfahrungshintergrund des Weltkrieges und des Versailler Diktates hatten, war sie überzeugend. Tatsächlich wirft man der Wehrmachtsführung heute auch weniger die Angriffe auf Polen oder eine Reihe neutraler Staaten vor, die durch die Ausweitung des Konflikts nach der englischen und französischen Kriegserklärung aus strategischen Gründen notwendig wurden. **Zentraler Anklagepunkt ist vielmehr der »rasenideologische Vernichtungskrieg« gegen die Sowjetunion.**

Dieser Begriff wurde allerdings erst in den 60er Jahren durch den bundesdeutschen Historiker **Andreas Hillgruber** geprägt; in den zeitgenössischen Dokumenten existiert er nicht, diese zeigen vielmehr, daß der Feldzug gegen die Sowjetunion von der deutschen Führung aus einem Bündel realpolitischer Motive heraus geplant wurde:

– Die Kenntnis der aggressiven außenpolitischen Doktrin Moskaus und des gewaltigen Rüstungsprogramms der 30er und frühen 40er Jahre.

– Die Notwendigkeit, die für die deutsche Wehrwirtschaft lebenswichtigen Ölquellen in Rumänien und Nickelgruben in Finnland vor dem drohenden Zugriff Moskaus oder Angriffen der sowjetischen Luftstreitkräfte zu schützen.

– Die Notwendigkeit, angesichts der Blockade des von Deutschland beherrschten europäischen Wirtschaftsraumes durch die angelsächsischen Seemächte und der drohenden Konfrontation mit der Sowjetunion sich die benötigten Rohstoffquellen und Getreideanbaugelände der Ukraine zu sichern.

– Die Strategie, die drohende Einkreisung Deutschlands durch Großbritannien, die USA und die Sowjetunion durch die militärische Zerschlagung letzterer zu verhindern.

– Das Scheitern der Verhandlungen mit dem sowjetischen Volkskommissar für Auswärtiges, Molotow, in Berlin im November 1940; Hitler hatte einen neuen Interessenausgleich zwischen dem Reich und der Sowjetunion vorgeschlagen, aber Molotow hatte abgelehnt und stattdessen Ansprüche auf Skandinavien und den Balkan angemeldet.

– Die Kenntnis des zunehmend bedrohlicher werdenden Aufmarsches der Roten Armee ab März/April 1941.

Nach Aussage des damaligen Generalstabschefs des Heeres, Franz Halder, hat Hitler sich erst sehr spät, im April 1941, endgültig dazu entschlossen, Unternehmen »Barbarossa« durchzuführen. Ideologische Motive spielen in den Dokumenten kaum eine Rolle, der Begriff »Lebensraum im Osten« bleibt unklar und kann alles mögliche bedeuten. **In den Richtlinien des Oberbefehlshabers des Heeres zur weltanschaulichen Erziehung heißt es: »Ziel des Krieges: Sicherung des deutschen Lebens-(Wirtschafts)raumes, nicht unterjochen der Nachbarvölker. »Autarkie« = Einfuhrabhängigkeit für lebensnotwendige Güter. Die kleinen im Schutze der großen Völker.«**

Die Befürchtungen der deutschen Führung und insbesondere Hitlers, die Sowjetunion werde 1941 oder spätestens 1942 das Deutsche Reich angreifen, war, wie wir heute wissen, keineswegs aus der Luft gegriffen. 1991/93 wurden in Moskau Dokumente des sowjetischen Generalstabs über seine Operationsplanungen in den Jahren 1940/41 veröffentlicht. Bereits am 18. September 1940 legten der Volkskommissar für die Verteidigung der UdSSR, Marschall Timoschenko, und Generalstabschef Merezkow Stalin einen Operationsentwurf vor, der eine Offensive der Roten Armee aus der Westukraine quer durch Südpolen nach Schlesien vorsah, um Deutschland von den rumänischen Ölquellen abzuschneiden. Gleichzeitig sollten die deutschen Kräfte im Raum Lublin-Warschau durch einen Zangenangriff aus der Westukraine und aus Westweißrußland heraus vernichtet werden. Dieser Plan wurde von Stalin gebilligt, eine überarbeitete und erweiterte Fassung ihm im Mai 1941 von Timoschenko und Armeegeneral Schukow vorgelegt. Der Aufmarsch der Roten Armee im Frühjahr 1941 orientierte sich exakt nach diesen Plänen.

Das bedeutet, daß das Unternehmen »Barbarossa«, der deutsche Angriff auf die Sowjetunion, den Charakter eines Präventivkrieges hatte. Man kann deshalb argumentieren, es sei letztlich der Deutschen Wehrmacht zu verdanken, daß Westeuropa die ökonomischen Verwüstungen und seelischen Deformationen jahrzehntelanger kommunistischer Herrschaft erspart geblieben sind.

Zwar war die Wehrmacht unlegbar in Exzesse und Kriegsverbrechen verwickelt, aber längst nicht in dem Umfang, wie heute von einigen Historikern und Publizisten behauptet wird. In den totalen Kriegen des 20. Jahrhunderts waren alle großen Armeen an Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligt; die amerikanische, britische, französische, sowjetische genauso wie die deutsche. Grundsätzlich stellt sich die Frage, inwieweit eine Armee als Institution für die Taten einzelner oder die Entscheidungen von Politikern verantwortlich gemacht werden soll. Gleichgültig, zu welchem Ergebnis man in dieser Frage kommt, mißt man mit gleichen Maßstäben – und dies ist eine Grundlage abendländischen Denkens – dann müßte man wegen ihrer Verwicklungen in Kriegsverbrechen

alle diese Armeen zu kriminellen Organisationen erklären.

Der Vorwurf an die Wehrmacht, sie sei das willfährige Werkzeug für einen »rasenideologischen Vernichtungskrieg« im Osten gewesen, geht an den historischen Realitäten vorbei. Der Angriff auf die Sowjetunion war kein »Überfall«, dieser Krieg ging auf konkrete deutsch-sowjetische Interessenkonflikte zurück. Die sowjetische Führung erwartete diesen Krieg und plante ihrerseits, einen entscheidenden Schlag gegen Deutschland zu führen. Zur Frage der Besatzungspolitik im Osten gab es innerhalb der deutschen Eliten verschiedene Meinungsgruppen, und es war gerade die Wehrmacht, die eine konstruktive Zusammenarbeit mit Russen, Ukrainern, Balten und Kaukasiern befürwortete und allmählich durchsetzte.

Die deutsche Führungsschicht sah sich in den 30er und 40er Jahren mit zwei grundsätzlichen außenpolitischen Gegensätzen konfrontiert:

– Mit dem wirtschaftspolitischen Gegensatz zu den USA und Großbritannien, die die Konkurrenz der deutschen Industrie und eine deutsche Großmachtstellung nicht dulden wollten.

– Mit dem machtpolitischen Gegensatz zur UdSSR, deren erklärtes Ziel die Sowjetisierung ganz Europas war. Die deutsche Führung sah die Lösung ihrer Probleme in der Errichtung eines von Deutschland beherrschten autarken kontinental-europäischen Wirtschaftsraumes. Nachdem die Sowjetunion ab Mitte 1940 einen zunehmenden Konfrontationskurs gegen das Deutsche Reich einschlug und sich den Angelsachsen annäherte, erschien der deutschen Führung ein Krieg unvermeidlich; die Ukraine und die westlichen Gebiete Rußlands sollten jetzt gewaltsam in den großdeutsch-europäischen Wirtschaftsraum einbezogen werden. Über die konkrete Ausgestaltung dieser neuen europäischen Ordnung herrschte innerhalb der deutschen Eliten keine Einigkeit.

Den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges ging es keineswegs nur um die Befreiung Deutschlands von der NS-Diktatur und die Wiederherstellung des status quo. Beweiskräftiger noch als die zeitgenössischen Dokumente zeigen dies die Weigerung, mit dem deutschen Widerstand zusammenzuarbeiten, die Abtrennung der deutschen Ostgebiete, die Vertreibung der Ostdeutschen, die Demontagen in der deutschen Industrie, und schließlich die 40jährige Teilung Deutschlands. Angesichts der Kriegsziele der Alliierten, die ja in groben Umrissen bekannt waren, hatte die Wehrmacht gute Gründe, Deutschland mit allen Mitteln zu verteidigen.

Will man die Wehrmacht dafür verurteilen, dann verurteilt man sie letztlich deshalb, weil sie unterlag. Dies mag heute politisch »korrekt« erscheinen, es widerspricht aber der Tradition abendländischen Denkens und Gerechtigkeitsempfindens. ■

(Übernommen aus der Zeitschrift »Das Ostpreußenblatt« vom 22. u. 29. 4. sowie vom 6. 5. 95 – Folgen 16–18 – mit freundlicher Genehmigung der Schriftleitung. Der Autor lehrt Geschichte am Geschwister-Scholl-Institut der Universität München.)



Mit
spitzer
Feder

Der 8. Mai 2045

Nach weiteren 50 Jahren vielleicht so:

Anlässlich des 100. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges haben in ganz Deutschland Gedenkfeiern und Sühnegottesdienste stattgefunden. In Berlin stellte das deutsche Staatsoberhaupt in einer knapp einstündigen Rede heraus, daß vor einem Jahrhundert Deutschland von edlen, heldenmütigen alliierten Truppen befreit worden sei und das Volk damals allen Grund gehabt habe, den Siegern dankbar zu sein, auch wenn diese 1945 strenge Fraternisierungsverbote erlassen hätten.

Einen Tag vorher hatte der Chef der Bundesregierung in einem vielbeachteten Grundsatzreferat vor Parteigremien die verbrecherische Entwicklung Deutschlands von 1914 bis 1945 dargestellt. Betont wies er mehrfach darauf hin, daß die Gefahr des Wiedererstehens der NSDAP groß sei. Erst kürzlich hätten sich 35 Personen in einem Keller in Nürnberg unter einer Hakenkreuzfahne versammelt und nach Verlesung eines Kapitels aus Adolf Hitlers »Mein Kampf« beschlossen, die Macht in Deutschland zu ergreifen.

In den Kirchen haben Geistliche aller Konfessionen in meist zu Herzen gehenden Predigten zum Ausdruck gebracht, wie dankbar alle heute lebenden christlichen Deutschen sein müßten, daß sie nicht wie ihre Vorfahren in einem verwerflichen Sündenpfuhl zu leben gezwungen seien. Allerdings, so fuhren viele Pfarrer fort, sollten sie unverdrossen und beständig an die unsäglichen Untaten früherer Generationen denken und immer bußfertig bleiben.

Der bekannte Parteipolitiker Moses Mandelbaum übergab anlässlich des 100. Jahrestages des Kriegsendes in der Universität Hamburg der Öffentlichkeit eine soeben fertiggestellte mehrbändige Dokumentation über bewiesene und unbewiesene Schandtaten der Nazis. Zugleich beschlossen viele Universitäten in diesem Jahr spezielle Seminare über die noch immer äußerst aktuelle Vergangenheitsbewältigung durchzuführen. Die Universität Greifswald beschloß die Einrichtung eines Lehrstuhls zur Erforschung der seinerzeitigen NS-Organisation »Kraft durch Freude« (KdF) und der NS-Frauenschaft. Hier erwartet man besonders interessante neue wissenschaftliche Erkenntnisse.

So oder ähnlich könnte nach weiteren 50 Jahren der Gedenktag des Kriegsendes vonstatten gehen, meint Ihr Jürg Enius

Ständige Reue-Bekundungen wirken im Ausland unglaubwürdig

Von Professor Dr. Alfred Maurice
de Zayas, Genf

Als Amerikaner muß ich sagen, daß die ständigen deutschen Reue-Bekundungen im Ausland allmählich unglaubwürdig wirken, und ich frage mich, warum die Deutschen so wenig Respekt vor sich selbst zeigen. Sie sagen überall »mea culpa, mea culpa«, respektieren aber nicht die eigenen Opfer. Sie bitten überall um Verzeihung, als wäre Deutschland eine Art Cnossa-Republik geworden, eine Republik der Reue. Aber wenn man Moral zur Schau trägt, riskiert man, nicht sehr ernst genommen zu werden. Als Nicht-Deutscher erlaube ich mir die Bemerkung: Man kann einem Volk nicht trauen, das sich nur selbst bezieht.

Diese anormale Haltung wirkt auf viele Ausländer, nicht nur auf mich, als ein Ritual, eine Pflichtübung, unecht, überflüssig, schließlich sogar respektlos. Um glaubwürdig zu sein, muß man auch bereit sein, ähnliche Verbrechen zu verurteilen, überall in der Welt, auch dann, wenn die Opfer Deutsche waren oder sind.

Vielleicht wird es eine neue Aufgabe der Flüchtlinge und Vertriebenen sein, die Erinnerung wach zu halten, denn Unrecht bleibt Unrecht. Auch wenn eine konformistische Presse die deutschen Opfer bewußt ignoriert. 50 Jahre nach der Vertreibung von 15 Millionen Deutschen wird dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit von der Presse und manchmal auch von der Wissenschaft relativiert, bagatellisiert und ignoriert.

Für mich ist es kaum nachzuvollziehen, warum die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es so schwierig ist, über die Vertreibung zu publizieren oder zu diskutieren, ohne schief angesehen zu werden; aber nicht etwa von Amerikanern oder Briten, sondern von Deutschen. Es sind deutsche Meinungsmacher, Politiker, Professoren, Gymnasiallehrer, die die Vertreibung der Deutschen tabuisieren, weil für sie diese Thematik nicht

opportunistisch sei, eben nicht »politisch korrekt«. Dies ist Hohn und Unbarmherzigkeit den Opfern gegenüber.

Man hätte gedacht, daß ein Konsens darüber bestehe, daß aller Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft mit Ehrfurcht zu gedenken wäre. Dies ist offensichtlich nicht der Fall, denn die Opfer der Vertriebenen werden systematisch heruntergespielt. Dies verstößt nicht nur gegen das Ethos der Wissenschaft, sondern auch gegen den fundamentalen Gedanken der Menschenrechte und der Gleichheit der Menschen.

Ich kenne Tausende Vertriebener und habe Tausende Berichte in der Ostdokumentation des Bundesarchivs Koblenz gelesen. Doch berufe ich mich heute nicht auf deutsche Zeugen, sondern auf amerikanische und britische.

Am 18. Oktober 1945 telegraphierte General Eisenhower nach Washington:

»In Schlesien verursachen die polnische Verwaltung und ihre Methoden eine große Flucht der deutschen Bevölkerung... viele, die nicht weg können, werden in Lagern interniert, wo unzureichende Rationen und schlechte Hygiene herrschen. Tod und Krankheit in diesen Lagern sind extrem hoch. Die von den Polen angewandten Methoden entsprechen in keiner Weise der Potsdamer Vereinbarung... Die Todesrate in Breslau hat sich verzehnfacht, und eine Säuglingssterblichkeit von 75 Prozent wird berichtet.«

Und der große britische Verleger und Philantrop, Victor Gollancz, der im übrigen jüdischen Glaubens war, schrieb in seinem Buch »Unser bedrohtes Erbe«:

»Sofern das Gewissen der Menschen jemals wieder empfindlich werden sollte, werden diese Vertreibungen als die unsterbliche Schande aller derer im Gedächtnis bleiben, die sie veranlaßt oder sich damit abgefunden haben. ... Die Deutschen wurden vertrieben, aber nicht einfach mit einem Mangel an übertriebener Rücksichtnahme, sondern mit dem denkbar höchsten Maß von Brutalität.«

Dies nach Victor Gollancz, und ich könnte eine lange Reihe ähnliche amerika-

Zu der Ausstellung eines Hamburger »Sozialinstitutes« über die Wehrmacht erklärt der Ehrenvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Alfred Dregger, MdB, am 02. 06. 95:

An der Vorbereitung der Ausstellung eines Hamburger »Sozialinstitutes« über die Wehrmacht, in der diese mit zum Teil falschen und mit verallgemeinernden Darstellungen in wahrheitswidriger und tendenziöser Weise als mitverantwortlich für den »Vernichtungskrieg der Nazis« dargestellt wird, war - im Gegensatz zu vielen anderslautenden Berichten - weder das Militärgeschichtliche Forschungsamt, noch die Führungsakademie der Bundeswehr beteiligt. Das ist das Ergebnis einer von mir angeregten Prüfung durch das Bundesministerium für Verteidigung, über das mich nun Bundesminister Volker Rühe unterrichtet hat.

Wie mir Bundesminister Rühe schreibt, teilt er meine Auffassung, daß das »erkennnisleitende Interesse« der Veranstalter der Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung eher außerhalb wissenschaftlicher Interessen liege. Deren zentrale Aussage, daß die Wehrmacht an allen Verbrechen aktiv und als Gesamtorganisation beteiligt gewesen sein soll, erscheint auch ihm abwegig und historisch nicht belegbar. Der Minister äußerte in diesem Zusammenhang Verständnis für meine Sorge, daß diese einseitig negative Diskussion über die Wehrmacht nicht ohne Rückwirkung auf die Frage nach der Sinnhaftigkeit und Legitimität des militärischen Dienstes auch in unserer Zeit sein werde.

Stiftelsen norsk Okkupasjonshistorie, 2014

Zitat

Der SUNDAY TELEGRAPH, die größte britische Sonntagszeitung, schreibt am 21. Mai 1995 zu den Feierlichkeiten zum Kriegsende u. a.:

»Nach einer faszinierenden politischen Karriere war der scheidende französische Präsident François Mitterand in höchst ehrenwerter Weise bemüht, noch eine Wahrheit auszusprechen, bevor er stirbt, wobei er sogar Protest und Widerspruch in Kauf nahm. So würdigte er in einer Rede anlässlich der Siegesfeiern ganz betont und ausdrücklich die Tapferkeit und Lauterkeit der deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges und sagte dazu, daß Tapferkeit eben Tapferkeit bleibe, ganz gleich, welche Uniform die Männer auch tragen.

Diese unbezweifelbare Wahrheit löste vielfach ein Gekreische unwürdiger Wut aus. Ein gewisser A. M. Attali - ruhmlos bekannt durch sein Gastspiel bei der Bank für Osteuropas Wiederaufbau - und nach allem jemand, der nie eine Uniform trug, verstieg sich zu der Äußerung, daß der einzige deutsche Soldat, der es verdiene, respektiert zu werden, ein Deserteur gewesen sein müsse.

Der Sozialist führte sein Argument allerdings nicht logisch zu Ende: Danach wäre auch der einzige russische Soldat, der des Respektes würdig ist, ein Deserteur oder einer, der es ablehnte, einer Sache zu dienen, die mindestens so schlecht und sogar noch anhaltender schlecht war wie die andere.

Und in der Tat: Hunderttausende von sowjetischen Soldaten dienten in der deutschen Armee in dem brennenden Wunsch, die Kommunisten, die ihre Landsleute versklavten, zu beseitigen. Es wundert uns, daß diese Soldaten, die alle Voraussetzungen des Respektes des Monsieur Attali aufwiesen, am Ende des Krieges kommentarlos in die mörderische Hand Stalins ausgeliefert wurden!

Die Geschichte, die bekanntlich den Siegern gehört, war nicht gerade gut zu diesen Männern.«

Bemerkenswert ist dabei, daß der würdelose Aufschrei des M. Attali nur ein Echo hatte - in Deutschland!

Bemerkenswert ist auch, daß dem Vernehmen nach mehrere CSU (!)-Abgeordnete aus gleichem Anlaß die Forderung erhoben haben sollen, die General-Kübler-Kaserne in Sonthofen »endlich umzubenennen«, während die Berliner CDU-Abgeordnete Wilma Glücklich in einem Schreiben an den Berliner Bürgermeister gegen die geplante Umbenennung der Clara-Zetkin-Straße in Berlin protestierte. Die größte österreichische Tageszeitung, die NEUE KRONENZEITUNG dagegen brachte in acht Fortsetzungen erschütternde illustrierte Dokumentarberichte über die unmenschlichen Qualen, denen die deutschen Kriegsgefangenen in den Nachkriegsjahren in der Sowjetunion ausgesetzt wurden, wobei Hunderttausende den Tod fanden. GCT

nische, britische und französische Stimmen zitieren. Mit Recht bezeichnete Churchill diese Vertreibung, die er mitzuverantworten hatte, als eine »Tragödie ungeheueren Ausmaßes«.

Heute werden die sog. ethnischen Säuberungen im ehemaligen Jugoslawien allgemein verurteilt; im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen; in der Generalversammlung, in der Menschenrechtskommission. Alle sog. zivilisierten Länder lehnen die »ethnischen Säuberungen« ab, einschließlich der Amerikaner, Briten und Franzosen. Aber war die Vertreibung der Deutschen eben nicht eine viel größere,

brutalere und mörderischere ethnische Säuberung? Millionen deutscher Frauen wurden vergewaltigt. Der Terror von Nemmersdorf und Methgethen zwang Millionen in die Flucht. Und die Bevölkerung, die nicht fliehen konnte, wurde in KZ's interniert, vom Hab und Gut »befreit«, ausgeplündert, geschändet, vertrieben. Noch schändlicher ist die Tatsache, daß diese Verbrechen ganz offiziell begangen wurden, gedeckt durch das Mäntelchen der Legalität des Artikels XIII des Potsdamer Protokolls.

Die Idee der Kollektivschuld war 1945 an der Tagesordnung, und »die Deutschen« hatten keine Rechte, so wie früher unter den Nazis »die Slawen«, »die Juden«, »die Zigeuner« keine Rechte hatten. Man kann nur hoffen, daß die Menschen diese absurde, unhistorische Idee der Kollektivschuld endlich ablehnen. ■

Erziehungslager

Mit einem Ausbau von Erziehungslagern für Jugendliche hat der US-Bundesstaat Texas auf die drastisch steigende Kriminalitätsrate bei Jugendlichen reagiert. Das Parlament in der Staatshauptstadt Austin hat beschlossen, die Zahl der Plätze in den sogenannten Bootcamps von 2.500 auf 6.300 auszubauen.

(GenAnz Bonn v. 29. 5. 95)

KURZ BELEUCHTET

Washington: - Mit rund 100000 Soldaten wollen die USA auch künftig in Europa präsent bleiben. Das geht aus einem kürzlich veröffentlichten Bericht des amerikanischen Verteidigungsministeriums unter dem Titel »U.S. Security Strategy for Europe and NATO« hervor. Darin heißt es, die ständige Truppenanwesenheit sei von grundlegender Bedeutung, um die Interessen Amerikas »in Europa und anderswo« gewährleisten zu können.

(Eig. Ber.)

Brüssel: - Auf ihrer Frühjahrstagung in Brüssel haben die NATO-Verteidigungsminister gefordert, die regelmäßigen Kürzungen ihrer Haushalte zu beenden. In einem gemeinsamen Communiqué wird betont, daß nur so sichergestellt werden könne, daß die Allianz weiter voll einsatzfähig bleibe und die Lasten gerecht verteilt würden. Als Richtschnur für die Verteidigungsausgaben legten die Minister 2,68% des Bruttoindustrieprodukt (BIP) eines jeden Landes fest.

(Ag. Ber.)

Von Heinrich-Joachim Graf von Moltke

Madrid: - Spanien will seine Streitkräfte mit dem bewährten Kampfpanzer Leopard II ausrüsten. In Brüssel unterzeichneten die Verteidigungsminister Rühle und Vargas Verträge über den Kauf bzw. Leasing von insgesamt 308 Einheiten. Nach Angaben eines Sprechers des BMVg überläßt Deutschland in einem ersten Schritt den Spaniern 108 Panzer teilweise für fünf Jahre. Danach wird Spanien zwischen 1998 und 2003 rund 200 Panzer kaufen und diese in Lizenz in Spanien montieren.

(Ag. Ber.)

Halle: - Rund 6000 Deutsche, die in der Nachkriegszeit von sowjetischen Militärtribunalen verurteilt oder auf deren Anweisung ohne Urteil gefangen gehalten oder verschleppt wurden, haben bis Ende Mai dieses Jahres bei der Moskauer Militärstaatsanwaltschaft einen Antrag auf Rehabilitierung gestellt. Wie die Moskauer Militärstaatsanwaltschaft Kopanz zum Abschluß des all. Halle Forums über Widerstand und Verfolgung in der ehemaligen DDR mitteilte, seien bisher 3000 Anträge geprüft worden. Nur 100 Anträge seien abgewiesen worden, wobei es sich um Personen gehandelt habe, die sich Verbrechen schuldig gemacht hätten. 13000 Menschen seien ohne Urteil in ostdeutschen Internierungslagern gefangen gehalten, 40000 seien nach ihrer Verurteilung in die Sowjetunion verschleppt worden.

(Eig. Inf.)

Königsberg: - Rußland will alle Möglichkeiten, welche internationale Vereinbarungen bieten, nutzen, um den Beitrittsprozeß osteuropäischer und baltischer Staaten zur NATO zu verzögern, erklärte der stellvertretende russische Außenminister Krywlow bei einem Treffen der russischen Botschafter in Balukumme, Gombas. Das Sträben dieser Staaten und Paten nach einer Mitgliedschaft in der NATO kollidiert mit den Parallelen der militärischen Interessen der russischen Region. Beitrittsanträge der baltischen Staaten hinsichtlich der russischen Militärpräsenz vor dem Hintergrund

Stiftelsen norsk Okkupasjonshistorie, 2014

Aus den Landesverbänden

Hinweis!

Die Bundesgeschäftsstelle hat die folgende Anzeige des KV Hagen zur Kenntnis erhalten, die der KV-Vorsitzende, Kamerad Dr. Anton Reiß, in der lokalen Presse schaltet.

Angesichts des geringerwerdenden Mitgliederbestandes in allen Gliederungen unseres Verbandes, eine - wie wir meinen - gute Idee, auf den VdS aufmerksam zu machen und neue Mitglieder zu werben.

SOLDAT DES 2. WELTKRIEGES!

Die Ereignisse um den 8. Mai haben Sie sicherlich berührt. Sie stehen nicht allein: Ihr Recht und Ansehen vertritt der

Verband deutscher Soldaten (VdS)

unabhängig - unpolitisch - bundesweit

Informieren Sie sich über:

Verband deutscher Soldaten -

Kreiverband Hagen,

Bolohstr. 29, 58093 Hagen; Tel. 53579



**Baden-
Württemberg**

VdS-Landesverband

Vorsitzender:

Oberstlt. a. D. Walter Sterzenbach

Geschäftsstelle:

Breite Str. 67, 76135 Karlsruhe

Postfach 6544, 76045 Karlsruhe

Tel.: (0721) 387531

Bürozeit:

Freitag 14.00-17.00 Uhr

Bankverbindung:

Deutsche Bank Stuttgart

BLZ 60070070

Kto 9081506

KG Schwetzingen

In Deutschland unvorstellbar...

Die Tage des Erinnerns an das Kriegsende vor 50 Jahren sind noch nicht vorüber. Jeder hat es anders erlebt oder hat sich erzählen lassen, was damals geschah, hat sich um ein eigenes Bild der damaligen Ereignisse bemüht. Wer die Zeit bewußt und handelnd erlebte, brauchte niemanden zu fragen; seine Erinnerung bleibt ohnehin für alle Zeiten lebendig. Das gilt vor allem für ehemalige Soldaten. Daß sie aber an die damaligen Ereignisse und darüber hinaus an ihre Leistungen in schwerer Zeit erinnert werden könnten, hätte niemand von ihnen erwartet.

Umso größer war die Überraschung für vier Mitglieder der Kreisgruppe Schwetzingen des Verbandes deutscher Soldaten, die dieser Tage vom **Osterreichischen Kameradschaftsbund**, dem Bruderverband des Verbandes deutscher Soldaten, ausgezeichnet wurden. Aus der Hand des Landesgeschäftsführers, Oberstleutnant a. D. **Karl Mohr**, erhielten sie das ihnen verliehene **Kriegserinnerungskreuz 1939-1945 mit Schwertern am Bande rot-weiß**, »zur Erinnerung, wie es in der jeweiligen Verleihungsurkunde heißt, »an seine Kriegsdienstleistung von 1939 bis 1945«.

Ausgezeichnet wurden: **Franz Reinhold**, Egon **Hartmann**, **Friedrich Lux** und **Willy Wothe**.

Bitteres Fazit für die Ausgezeichneten: Was in Deutschland unvorstellbar ist, scheint im benachbarten Ausland normal zu sein! -ww-

Geburtstage

28. 06. 25 Anneliese Weinert, Mosbach
03. 07. 06 Gertrud Körner, Stuttgart
06. 07. 15 Paul Fritz, Schwanaun
07. 07. 02 Karl Weber, Böblingen
09. 07. 20 Theo Freiburger, Sindelfingen
09. 07. 20 Bernhard Müller, Endingen
11. 07. 15 Irmgard Michels, Plankstadt
16. 07. 05 Thilo von Trotha, Wiesenbach
17. 07. 08 Fritz Ringhand, Kirchheim
18. 07. 15 Herbert Köhn, Stuttgart
19. 07. 15 Franz-Josef Strohbücker, Stuttgart
26. 07. 25 Olga Strecker, Stuttgart
01. 08. 25 Maria Tryba, Karlsruhe
03. 08. 07 Clara Windemuth, Stuttgart
04. 08. 15 Franziska Deubel, Stetten
05. 08. 15 Hanna Tränkle, Zaubersfeld
06. 08. 20 Kurt Schliessmann, Friedrichshafen
06. 08. 20 Luise Steinbrecher, Mannheim
08. 08. 15 Rosel Beschle, Gottmadingen
08. 08. 20 Carola Teubert, Ilvesheim
09. 08. 15 Rudolf Stern, Karlsruhe
10. 08. 95 Hertha-Hildegard Franz, Karlsruhe
10. 08. 09 Elisabeth Baumgartner-Feldhaus, Ludwigsburg
14. 08. 20 Annemarie Eix, Schwetzingen
15. 08. 15 August Schmid, Langenargen
18. 08. 05 Adolf Maile, Stuttgart
18. 08. 15 Emil Müller, Karlsruhe
18. 08. 25 Ilse Thieme, Edingen
19. 08. 10 Anna Köhler, Karlsruhe
19. 08. 05 Graf v. Klinkowstroen, Lahr
20. 08. 05 Elisabeth Maurer, Karlsruhe
21. 08. 25 Ursula Cindric, Lahr
25. 08. 15 Dr. Hans Margarete, Karlsruhe
25. 08. 15 Franz Buck, Sindelfingen
29. 08. 20 Werner Büll, Stetten
30. 08. 20 Hans Lunz, Stetten
02. 09. 20 Erika Simon, Ubstadt-Weiher
03. 09. 15 Wilhelm Gutekunst, Bondorf
04. 09. 20 Lieselotte Pfender, Singen
05. 09. 15 Hermann Wagner, Neuenstein
06. 09. 10 Erna Mattner, Öhringen
06. 09. 20 Hildegard Schmitthammer, Karlsruhe
11. 09. 25 Kurt-Willi Kändler, Karlsruhe
12. 09. 08 Vera Behrens, Sindelfingen
12. 09. 20 Marianne Hilbert, Karlsruhe
13. 09. 10 Gertrud Fahner, Ulm
25. 09. 20 Ursel Meissner, Karlsruhe
29. 09. 15 Albin Weinert, Mosbach



Bayern

Verband
deutscher Soldaten
in Bayern (VdSiB)

Präsident:

Oberstlt. a. D. Erwin Heckner

Post:

Otto Lewitzka, Agilolfinger Straße 16
81543 München

Geburtstage

02. 07. 20 Martin, Maria, Piding
04. 07. 12 Gnadt, Ludwig, Berchtesgaden
07. 07. 15 Hieronymus, Anna, Straubing
08. 07. 20 Wiegand, Heinz, Niederding
10. 07. 12 Rohe, Karl, OGefr. a. D.,
Bad Reichenhall
11. 07. 07 Pfeil, Hildegard, München
12. 07. 25 Uhlemayr, Max, Burgberg
13. 07. 10 Storkmeier, Josef, Freising
14. 07. 25 Biela, Rudolf, Hptm a. D., Bamberg
14. 07. 09 von Viereck, Ruth, München
17. 07. 13 Wirsich, Günter, OLT a. D.,
Bad Reichenhall

18. 07. 04 Klotz, Karl, GenMaj a. D.,
Marquartstein
20. 07. 15 Laschinger, Alfons, HptFw a. D.,
Straubing
25. 07. 09 Geissler, Emilia, Straubing
25. 07. 20 Mühlbauer, Josef, StFw a. D.,
Bad Reichenhall
26. 07. 10 Adam, Erich, OLT a. D., Bamberg
26. 07. 09 Strietzke, Hanna, München
26. 07. 08 Klein, Frieda, Kempten
29. 07. 35 Neumann, Irmgard,
Bad Reichenhall
31. 07. 09 Rüdel, Eva, München
02. 08. 10 Mertsch, Margret, Sonthofen
03. 08. 01 Uwira, Grete, Ainring
06. 08. 15 Müller, Wilhelm, Hptm a. D.,
Garmisch-Partenkirchen
06. 08. 10 Stumpf, Wolfgang, Bamberg
06. 08. 25 Wolf, Eleonore, Germering
07. 08. 15 Prechtel, Resi, Freising
07. 08. 14 Vohburger, Else, Freising
09. 08. 11 Klostermeier, Josef, Wolftratshausen
09. 08. 12 Matzel, Kurt, RegAmtm a. D.,
Freilassing
13. 08. 30 Heimendahl, Herbert,
Bad Reichenhall
13. 08. 13 Leutner, Betty, Tünzhausen
14. 08. 10 Schwinn, Wilhelm, Hptm a. D.,
Trosdorf
15. 08. 10 Schmidt, Ellinore, Bamberg
17. 08. 20 Druck, Johann, Fw a. D.,
Memmelsdorf
18. 08. 10 Rottach, Heinz, München
20. 08. 05 Tiemann, Hans, Maj a. D.,
Freilassing
23. 08. 20 Dietz, Johann, Uffz a. D.,
Bad Reichenhall
26. 08. 25 Weissmantel, Ernst, Darmstadt
29. 08. 20 Wolf Gerda, Freilassing

KV München

Dienstag, den 08. August 1995: Ab 15.00 Uhr Treffen von Frauengruppe und Stammtisch im Hotel »Bayr. Hof«, Promenadeplatz, München.



Nürnberg

Verband
deutscher Soldaten
Kreisverband e. V.

1. Vorsitzender: Michael Kaiser
Hafenstraße 22 A, 90451 Nürnberg
Tel/Fax (0911) 6491159

KV Nürnberg

Veranstaltung im Monat August 1995

12. 08. 1995, 18.00 Uhr, Monatsversammlung in der Gaststätte »Bäckerhof« in Nürnberg, Vortrag: Vorstellung und Informationen zum neuen Garnisonmuseum Nürnberg. Referent: Kam. OFw Michael Kaiser

Veranstaltung im Monat September 1995

Im September 1995 findet keine Monatsversammlung statt, da die Gaststätte »Bäckerhof« wegen Urlaub geschlossen hat.

Geburtstage

02. 07. 20 Alfred Häner, Ulm
06. 07. 20 Hans Fichtner, Schwabach
06. 07. 10 Erich Rabe, Abenberg
14. 07. 10 Ernst Schmidt, Fürth
16. 07. 06 Friedrich Frank, Gunzenhausen
20. 07. 04 Hildegard Graefe, Nürnberg
13. 08. 10 Hermann Gäbisch, Nürnberg
19. 08. 10 Ernst Kuhn, Nürnberg



Ring Deutscher Soldatenverbände e.V.

Ein Brief aus den USA

10. Mai 1995

An den Ring Deutscher Soldaten - RDS -
Von Mr. James M. Neale
Betrifft: Vermächtnis eines Soldaten

Lieber Veteran,

vor kurzem verstarb mein Vater, Sgt. James S. Neale, im Alter von 74 Jahren. Er war Pensionär der US Army und ehemaliger Teilnehmer des II. Weltkrieges und des Korea-Krieges.

Mein Vater lag etwa 8 Wochen im Krankenhaus, bevor er starb, und während dieser Zeit sprach ich mit ihm über alle möglichen Dinge, immer im Bewußtsein seines nahen Todes. Während einer meiner letzten Besuche war unsere Unterhaltung ausgesprochen fröhlich und von leichter Art und ich genoß jeden Augenblick unseres Zusammenseins.

Plötzlich, ohne ersichtlichen Grund, begann mein Vater über ein Ereignis zu erzählen, das er während des Krieges in Deutschland erlebt hatte. Ich war überrascht, da unsere bisherigen Gespräche damit überhaupt nie etwas zu tun gehabt hatten. Die Einzelheiten dieses Ereignisses waren von ihm allerdings nur angedeutet, und ich hatte Schwierigkeiten, ihn aufgrund seines geschwächten Zustandes überhaupt zu verstehen. Jedoch spürte ich die besondere Bedeutung, die dieses damalige Geschehen für meinen Vater immer noch hatte.

Er erzählte von einer Einheit junger deutscher Soldaten, die während des mehrfachen militärischen Aufeinandertreffens »ihr Ganzes« gegeben hatten. Er sprach mit großer Bewunderung über ihre Tapferkeit und war nach all den Jahren noch immer tief beeindruckt. Ich bedaure, daß es mir nicht möglich war, Einzelheiten wie Namen oder Ort zu erfahren, aber wahrscheinlich wäre das heute auch nicht mehr wichtig.

Mein Vater verlor kein Wort über die damaligen politischen Umstände, seine Gedanken kreisten allein um das tapfere Verhalten dieser jungen Männer.

Wenn ich mich an diesen Tag erinnere, ist mir bewußt, welche Ehre es doch für diese war, in den letzten Gedanken und Worten eines früheren Gegners ihren Platz gefunden zu haben, insbesondere nach den vielen Jahren. Ich bin voll Bewunderung, sowohl für meinen Vater, als auch für jene Männer, über die er berichtet hatte, obwohl deren Identität für mich unbekannt bleibt.

Ich schreibe diesen Brief zum Gedenken, nicht nur an meinen Vater, einen aufrechten Soldaten, der mit Leib und Seele seinem Beruf ergeben war, sondern auch zum Gedenken an jene deutschen Soldaten, wer immer sie waren, an deren Tapferkeit man sich noch heute erinnert.

Da ich nicht genau weiß, an wen ich diesen Brief schicken soll, widme ich ihn den überlebenden Veteranen und deren Familien.

Mit freundlichen Grüßen
James Neale, Benbrook/Texas

RDS Berlin e.V.

Präsident:
Karl Georg Welker
10555 Berlin, Flotowstraße 9
Telefon (030) 3912462

Diese Tage im Mai in Berlin waren nicht leicht. Die Medien haben alles und jeden mit Berichten aus jenen Tagen vor 50 Jahren überflutet. Dichtung und Wahrheit konnten oft nicht unterschieden werden.

Der 2. Mai '45 und die Tage nach der Kapitulation waren schrecklich. Hier wurde nicht befreit, hier in Berlin wurde gesiegt. Der Nationalsozialismus zerbrach. Sowohl als Idee, als auch als politische Kraft und Macht.

Im Ausland feierte man den Sieg über das Reich und seine Verbündeten. Doch eine Erfahrung hat sich vertieft: Aus dem Ausland kamen Medienvertreter mit dem Ziel, auch Zeitzeugen zu finden. Deutsche Journalisten wollten in den Gesprächen nur ihre eigene Meinung bestätigt bekommen. Ihnen ist der Begriff »Befreiung« Grundhaltung. Ihre ausländischen Kollegen stellten Fragen, um Fakten zu erfahren!

Der Präsident des RDS Berlin, selbst Zeitzeuge bis zur letzten Stunde, hatte Interviews mit Journalisten aus Finnland, Schweden und Norwegen sowie aus Dänemark. Ferner aus England, Frankreich, Spanien und Griechenland. Und nicht zuletzt aus den USA, aus Japan und sogar aus Australien.

Das Ergebnis war stets fair und hatte Hand und Fuß. Keine Schuldzuweisungen, keine Herabsetzung!

Der Eindruck hat sich wiederum bestätigt: Der deutsche Soldat, die deutsche Wehrmacht genießen im Ausland hohes Ansehen!

Wir in Berlin sind froh, Gesprächspartner gewesen zu sein. Ein Ergebnis jahrzehntelanger Arbeit! Die Kontaktpflege mit den früheren Gegnern hat sich ausgezahlt, die gemeinsamen Gedanken an den Volkstrauertagen mit Franzosen, Engländern, Amerikanern und seit 1990 auch mit den Russen bzw. den Angehörigen der GUS. Alle sind aufgerufen, bei dem weiteren Ausbau mitzuwirken!

Die Kameradschaften, die ebenfalls Auslandskontakte pflegen, sind aufgefordert, diese Berichte nach Berlin zu senden. Wir wollen diese sammeln und sowohl an die Bundeswehr, als auch an die Öffentlichkeit weitergeben.

Dank an Staatspräsident François Mitterrand

Am 14. 6. 95 übermittelte unser Präsident dem scheidenden französischen Staatspräsidenten nachstehendes Schreiben:

Herrn Staatspräsident François Mitterrand
22 Rue de Bieievre, F-75115 Paris

Hochzuverehrender Herr Präsident!

Als Sie uns am 22. 09. 1984 nach Verdun eingeladen haben, um mit französischen und deutschen Veteranen gemeinsam der großen Opfer des 1. Weltkrieges zu gedenken, sind wir frohen Herzens und mit tiefer Bereitschaft für die Versöhnung über Gräbern gekommen, um mit Ihnen und unserem Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl der Welt zu zeigen, wie ernst es unseren Völkern war, in Frieden und Freiheit der Zukunft zu dienen. Das Bild, wo Sie, verehrter Herr Präsident, Hand in Hand mit unserem Bundeskanzler zwischen den Ehrenabrdnungen beider Länder und Tausenden von Kriegsveteranen standen und der Toten gedachten, ging um die Welt und hat vor allem bei uns den Willen unterstrichen, dies Gelöbnis für die Zukunft zum Mittelpunkt unserer Verbandspolitik zu machen.

Wir fühlen uns heute verpflichtet, Ihnen zu danken, zu danken für Ihre offenen Worte bei den Feierlichkeiten zum Kriegsende. Sie nahmen Protest und Widerspruch in Kauf, als Sie in Ihrer Rede betont und ausdrücklich die Tapferkeit und Lauterkeit der deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges hervorgehoben haben und die Feststellung trafen, daß »Tapferkeit eben Tapferkeit bleibe, ganz gleich, welche Uniform die Männer auch tragen«.

Gäbe es doch mehr deutsche Politiker, die sich solch eine Aussage zu eigen machen könnten, dann würden auch unsere jungen Soldaten eher bereit sein, sich im Rahmen der NATO bzw. der UNO für Recht und Gerechtigkeit in Europa und auf der ganzen Welt einzusetzen.

Was zur Zeit in Deutschland über Soldaten, Deserteure, Veteranen der Wehrmacht in gehässiger Form an Haß und falscher Interpretation an Schmutz ausgeworfen wird, ist alles andere als eine Ermütigung für die Streitkräfte!

So haben Sie, hochverehrter Herr Präsident, für uns, die Ehemaligen wie auch für die Bundeswehr, die ja von diesen Weltkriegsteilnehmern aufgebaut wurde, eine gute, frohe Botschaft verkündet, wofür wir Ihnen besonderen Dank übermitteln wollen. Gott gebe Ihnen noch etwas Zeit und Gelegenheit, sich nach Ihrem verantwortungsvollen Amt auszuruhen und einen wohlverdienten Lebensabend zu genießen.

In dankbarer Verbundenheit und mit den besten Wünschen für die Zukunft!

Ihre deutschen Soldaten
des Ringes Deutscher Soldatenverbände

(Dr. Schreiber)
Generalmajor a.D.

Stiftelsen norsk Okkupasjonshistorie, 2014

Leserforum

Hinweis: Veröffentlichungen unter dieser Rubrik stellen keine redaktionellen Meinungsäußerungen dar

Legende von der sauberen Wehrmacht?

Der Bericht Wolfram Wettes »Die Legende von der sauberen Wehrmacht« in der FAZ über die Ausstellung »Vernichtungskrieg« im Kampnagel-Zentrum in Hamburg bedarf einer Korrektur, auch für Leser und von Lesern, welche die Ausstellung noch nicht gesehen haben. Der Autor des Berichts, Historiker im MGFA (früher Freiburg, jetzt Potsdam), formuliert als »Hauptthese« der Hamburger Ausstellung: »Die Wehrmacht führte 1941 bis 1944 auf dem Balkan und in der Sowjetunion keinen »normalen Krieg«, sondern einen Vernichtungskrieg gegen Juden, Kriegsgefangene und Zivilbevölkerung«. Dies entspreche dem »Stand der historischen Forschung«. Als Angehöriger der Wehrmacht vom Jahrgang 1921, der vom 22. Juni 1941 bis zum 8. Mai 1945 in zwei aktiven Infanteriedivisionen der Ostfront eingesetzt war, muß ich dieser These in ihrer Allgemeinheit nachdrücklich widersprechen: Meine Kameraden und ich haben diesen unbarmherzig harten Krieg von Anfang bis zum Ende ausschließlich in Gestalt von militärischen Handlungen von Truppe zu Truppe geführt und weder Zivilisten noch Kriegsgefangene, geschweige denn Juden behelligt. Das belegen nicht zuletzt die Divisionakten, die für viele Divisionen fast lückenlos im Militärarchiv (Freiburg) liegen und die jeden Einsatztag ausführlich dokumentieren.

Der Autor hätte einmal diese Akten studieren sollen, Vielleicht hätte er sich dann in die Lage der Soldaten versetzen können, die in den Angriffsspitzen der – von ihm besonders beschuldigten – 6. Armee sich vom Bug bis nach Stalingrad unter schwierigsten Gelände- und Witterungsverhältnissen gegen einen tapferen und starken Gegner vorkämpfen mußten. Diese Soldaten waren täglich oft 24 Stunden im Kampf und wurden übrigens – so jedenfalls in meiner (3. mot.) Infanteriedivision – niemals zu anderen Zwecken eingesetzt. Es mag auch Einheiten des Heeres gegeben haben, die zu so verwerflichen Zwecken verwandt wurden, wie sie die Hamburger Ausstellung zeigt. Aber das berechtigt niemanden dazu, die vielen Soldaten, die guten Gewissens ihre Pflicht zu erfüllen versuchten, heute als Mittäter bei Vernichtungsaktionen zu diffamieren, von denen sie damals nicht einmal etwas erfahren haben. Es ist nicht »der Geist der Leugnung und Beschönigung«, den Wette hinter solchen Diffenzierungsverlangen versteckt sieht; es ist vielmehr das schlichte Bemühen um historische Wahrheit, das

mich diese Zeilen schreiben läßt. Und noch weniger können sie abgetan werden als »das Ergebnis einer groß angelegten Vertuschungsstrategie, die von Wehrmachtsgenerälen noch im Jahre 1945 entworfen und später mit dauerhaftem Erfolg verbreitet wurde«, wie die Ausstellungsmacher, Wette zufolge, in geradezu grotesker Weise vermuten möchten. Auch den Soldaten, mit denen zusammen ich jene schweren Jahre erlitten habe und von denen die meisten nicht wieder heimgekehrt, von ihren Angehörigen aber durchweg keineswegs vergessen sind, schulden nachgeborene Historiker wenigstens die historische Wahrheit, die doch eigentlich ihr Geschäft sein sollte.

Professor Dr. Fritz Rittner, Freiburg i. Br.

Zu »Gedanken zur Rolle der Wehrmacht«

Mit diesem Thema erschien in SiV 5/95 auf S. 107–109 ein bemerkenswerter Artikel, in welchem die Hauptaussagen des haarsträubenden »Zeit-Forum« vom 3. März 1995 ad absurdum geführt werden. Das war verdienstvoll.

Und doch bin ich mit diesem Aufsatz nicht zufrieden, denn es werden zu viele Zugeständnisse gemacht. Die Tatsache, daß es in allen Völkern böse und friedfertige Menschen gibt und es demzufolge Verstöße auch bei uns vorgekommen sein müssen, läßt aber nicht zu, die Wehrmacht generell mit anderen Armeen in einen Topf zu werfen. So sei es auf dem Balkan bei allen Parteien brutal und grausam zugegangen (für das Verhalten unserer Bundesgenossen sind diese selbst verantwortlich). Für mich ist unvergessen eine Szene, wie beim Preisgeben von Vrbovsko (am 27. 10. 1943) eine weinende Frau mich zurückhalten wollte, weil nun die Partisanen zurückkommen und die Drangsal von neuem beginnen würde. Ich dachte an meine Mutter und spielte deshalb mit dem Gedanken, zurückzubleiben und von den Peinigern soviele als möglich mit ins Grab zu nehmen; es kam jedoch der Gefreite Storch, der meine Absicht erraten hatte, auf mich zu und sagte: »Komm' mit, privat darf keiner Krieg führen«.

Ferner: Am 23. 10. 1943 notierte ich in Kocevje (Gottschee): »Auch ist es schwierig für uns, weil wir auf keinen Zivilisten schießen dürfen. Darauf wird von unserer Seite sehr geachtet. Den ersten Schuß hat stets der Partisan. Wir fragten uns, ob man in London weiß, was hier geschieht. Sicherlich werden die Regierenden es wissen, aber die englische Bevölkerung wird darüber nicht aufgeklärt sein; ihr kann

man es nicht anlasten. Warum schweigt das neutrale Ausland dazu? Vielleicht kann man sich solche Schrecklichkeiten gar nicht vorstellen?! Auch wir haben ja vorher gewußt, daß es auf dem Balkan irgendwelche Partisanentätigkeit gibt; was dieses aber in Wirklichkeit auf sich hat, begreifen wir erst jetzt, wo wir die Folgen vor Augen haben.«

Der deutsche Soldat hat sich prinzipiell im Ausland korrekt verhalten (dennoch vorgekommene Vergehen gegen Zivilisten wurden bestraft, also eine andere Gangart praktiziert als z. B. durch die Rote Armee, bei der ein Mann wie Lew Kopelew zu Kerkerhaft verurteilt wurde, weil er den Feind geschont hatte); deshalb ist die Behauptung absurd, die Wehrmacht sei im »Felde befleckt«.

Das oben angesprochene Gleichsetzen der Armeen ist etwa so, als wenn man einen Schüler, der in Mathematik eine 1 hat und dem selbstverständlich auch einmal ein Fehler unterläuft, mit einem anderen im gleichen Atemzug nennt, der eine 5 hat und bei dem natürlich auch einmal eine Aufgabe richtig gelöst ist.

Dr. M. Schick, Darmstadt

Wehrmachtsoldaten keine »Mittäter«

Der ehemalige russische Luftwaffenoberst Abramow, als Gast beim Österreichischen Kameradschaftsbund-Tag in Graz, hat das Kind beim Namen genannt: »Schuld am Krieg sind die Politiker und nicht die einfachen Soldaten«. Man möge endlich aufhören die Soldaten des II. Weltkrieges immer wieder als Verbrecher hinzustellen.

Auch die Katholische Kirche hat doch im 2. Vatikanischen Konzil auch die Aufgabe des Soldaten definiert: »Wer als Soldat im Dienste des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei!«

Demnach wären die ehemaligen Deutschen Soldaten doch keine »Mittäter« an einem »verbrecherischen Krieg« und nicht mit »entfernter Mitschuld« belastet, wie manche Kreise und Institutionen pauschal den deutschen Soldaten diskriminieren. Wer wußte denn damals, daß Teile des deutschen Heeres einmal als »die größte Terrororganisation Europas« bezeichnet werden würden? Der deutsche Soldat damals glaubte – und das bestätigt heute die neueste Geschichtsforschung – das Abendland vor dem Weltkommunismus bewahren zu müssen. Er ist nicht feige zu den Partisanen und sogenannten Widerstandskämpfern übergelaufen, um auf die eigenen Kameraden zu schießen, er war der Meinung, einen gerechten Krieg, im Sinne des Vatikanischen Konzils, zu führen.

Darum bitte, laßt uns endlich in Frieden, und in Ruhe unserer gefallenen Kameraden gedenken!

Walter Neuner, Grambach bei Graz



Zu guter Letzt...

Nichts zu feiern

Vehement haben die Wehrexperthen von CDU, SPD und FDP, Paul Breuer, Walter Kolbow und Günther Nolting darauf hingewiesen, daß Kriegsdienstverweigerung ein Ausnahmerecht sei. Anlaß dafür war ein von der Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer (Bündnis 90/Die Grünen) gegebener Empfang für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende am 15. Mai in Bonn. Die Politikerin hatte dabei das Recht auf Kriegsdienstverweigerung als Grundrecht bezeichnet.

Nolting hatte die Veranstaltung als »ungerechtfertigte Diskriminierung« jener Bürger bezeichnet, die Wehrdienst leisteten. Kolbow und Breuer bestanden darauf, daß die Kriegsdienstverweigerung ein Ausnahmerecht sei, »bei dem es nichts zu feiern« gebe. (*»bw-aktuell« v. 18. 5. 95*)

Stark gestiegene Russenangst in Polen

Vor zwei Jahren fürchteten 39% der Polen, daß Rußland weiterhin imperiale Gelüste hege. Nach aktueller Umfrage ist die Quote inzwischen signifikant auf 64% gestiegen. (*Vertr. Mittlg. v. 23. 5. 95*)

Ausbildung verhindert Einbildung.

Islam, ein von »Militanz geprägter Machtfaktor«

Heribert Busse, Mühlheim/Main, ist Professor der Orientalistik, also der Wissenschaft von den orientalischen Sprachen und Kulturen. Wenn er über den Islam spricht, sollte er daher wissen, was er sagt.

Laut Professor Busse ist der Islam weltweit ein »von Überlegenheitsbewußtsein und Militanz geprägter Machtfaktor«. Die islamische Gesellschaft stelle sich vielschichtig dar. Die rd. 2 Millionen Moslems in Deutschland seien davon »ein Spiegelbild«. Fast jede religiöse Strömung des Islam habe unter ihnen ihre Anhänger. Den meisten seien westliche Begriffe von Toleranz und Religionsfreiheit fremd.

Busse warnt vor Problemen des islamischen Religionsunterrichtes an deutschen Schulen. Die Vielzahl verschiedener Auslegungen des Islam mache es nahezu unmöglich, praktikable Regelungen dafür zu finden. (*Vertr. Mittlg. v. 23. 5. 95*)

Rekord bei den »Zivis«

Das Interesse am Zivildienst wächst und wächst. 1994 kletterte die Jahresdurchschnittszahl der jungen Männer, die Zivildienst statt Militärdienst leisteten, auf die neue Rekordhöhe von 127566. Das Gros verrichtet seine 15 monatige Dienstzeit nach wie vor im Bereich von Pflege, Betreuung und Hilfsdiensten. Im Umweltschutz wurden vier Prozent der »Zivis« eingesetzt. Insgesamt profitierten 33000 Einrichtungen in Deutschland von den kostengünstigen Hilfskräften, so das Bundesamt für den Zivildienst.

(*GenAnz Bonn v. 11. 5. 95*)

Die Hauptsprache Europas

Nach von interessierten Kreisen viel beachteter Meinung des niederländischen Sprachwissenschaftlers Professor De Bot ist Englisch die Sprache der Zukunft in einem zusammengewachsenen Europa. Schon jetzt sei Englisch der zentrale Kommunikationsträger der Wissenschaft und auch führend in den Medien. Von derzeit über 50 Fernsehsendern in Europa arbeite bereits die Hälfte in englischer Sprache.

Niederländisch beispielsweise, so De Bot, werde zu einem »europäischen Dialekt« verkümmern. Auch Französisch oder Spanisch hätten europaweit keine Chance. Allenfalls werde sich Deutsch künftig als zweite europäische Handels- und Umgangssprache behaupten können. Grund dafür sei, daß rd. 100 Millionen Menschen in Europa deutsch sprächen und die deutsche Sprache als überregionales Verständigungsmedium in Zentral- und Osteuropa rapide an Bedeutung gewinne.

Die »Dummen der Nation«?

Die negative Bilanz des ausgeschiedenen Wehrbeauftragten Alfred Biehle (CSU) über den inneren Zustand der Bundeswehr beschäftigt die Bundesregierung und die Koalitionsparteien weit mehr, als nach außen erkennbar ist. Biehle hatte von angeschlagener Moral, fehlender Motivation und Enttäuschung der Soldaten darüber berichtet, im gesellschaftlichen Ansehen hinter Wehrdienstverweigerern und Zivildienstleistenden zu stehen.

Mittelpunkt der Diskussion in den Regierungsparteien ist die Frage, ob die Bundeswehr »bei anhaltender schreiender Wehrungerechtigkeit« weiterhin als

Wehrpflichtarmee bestehen könne. Zur Zeit leisten nur noch rd. 38% der betroffenen Jahrgänge Wehrdienst. Mit der Verringerung der Bundeswehr auf 340000 Mann werden die Wehrdienstleistenden, die verbreitet schon jetzt die »Dummen der Nation« zu sein glauben, sich in ihrer dann weiter verkleinerten Minderheit noch dümmere fühlen.

(*Vertr. Mittlg. v. März 95*)

Anzeigenannahme- und Redaktionsschluß am 12. eines jeden Monats

In eigener Sache

Der Bundesgeschäftsstelle wird eine Vielzahl von Textvorschlägen zugesandt, welche nach dem Willen der Einsender möglichst in unserer Verbandszeitung »Soldat im Volk« abgedruckt werden sollen.

Der Redaktion steht somit eine Fülle interessanter Beiträge zur Verfügung, die es zu sichten und einzeln zu bewerten gilt. Zu bewerten im Hinblick darauf, ob der Beitrag

- aus aktuellem Anlaß in der nächsten Ausgabe veröffentlicht wird;
- zu einem späteren, weil vielleicht dann passenderen Zeitpunkt veröffentlicht werden sollte;
- für eine Veröffentlichung weniger geeignet erscheint.

Darüber hinaus ist nicht zuletzt auch die vom Umfang der Zeitschrift her vorgegebene eingeschränkte Seitenzahl zu berücksichtigen.

- Generell nicht üblich ist es, daß eine Redaktion erklären soll, warum ein Textvorschlag nicht sofort oder gar nicht bzw. in veränderter Form veröffentlicht wurde.
- Nicht möglich ist es der Bundesgeschäftsstelle, für Zusendungen zu danken oder Material dem Einsender wieder zuzuschicken, wenn kein Rückporto beigefügt ist.
- Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß für nicht ausdrücklich erbetenes Bild- und/oder Textmaterial generell keine Haftung übernommen werden kann.

Bundesgeschäftsstelle und Redaktion hoffen auf Verständnis!